

Lübecker Nachrichten vom 01.06.2013 , Seite 6

Auf der A 7 droht der Dauerstau

Regierung sieht sich für Umbauzeit gerüstet, Opposition fordert Verkehrskonzept.

Kiel – Wäre die Autobahn 20 über die Elbe schon im Bau, Autofahrer und Verkehrsplaner im Land hätten ein großes Problem weniger. Wo aber soll jetzt der Verkehr fließen, wenn die A 7 zwischen dem Dreieck Bordesholm und Hamburg von 2014 bis 2018 auf sechs und acht Spuren verbreitert wird? „Wir haben einen Plan“, erklärte SPD-Verkehrsminister Reinhard Meyer gestern im Landtag. Die Opposition warf ihm Konzeptlosigkeit vor.

Ganz einfach werde die Verkehrslenkung nicht, das gab Meyer zu. Es werde während der Bauphase Zumutungen für die Autofahrer geben. Das private Konsortium, das bauen werde, könne zum Beispiel selber entscheiden, wann welcher Streckenabschnitt in Angriff genommen wird. Der Koordinator solle die Zusammenarbeit aber erleichtern. In jedem Fall werde man bei Stau Autos ab Neumünster

über die B 205 auf die A 21 umleiten. Zwischen Hamburg und Kiel solle es einen Halbstunden-Takt der Bahn geben, die AKN locke ab 2015 Pendler mit neuen Waggonen. Parallel zur A 7, zum Beispiel auf der B 4, solle es während der Zeit zudem keine Bauarbeiten geben.

Das werde nicht ausreichen, um genügend Pendler auf die Bahn zu bringen, kritisierte Volker Dornquast (CDU) und verlangt ein neues Konzept gegen Staus. Auch der AKN-Takt müsse zum Beispiel verkürzt werden, zumal die Probleme bis 2028 durch die Sanierung der aufgestellten A 7 südlich des Elbtunnels weitergingen. Christopher Vogt (FDP) klagte, die Koalition lasse Kommunen beim Ausbau von Park-and-Ride-Parkplätzen allein. Andreas Tietze (Grüne) empörte sich: CDU und FDP forderten bessere ÖPNV-Angebote nur, wenn die Straße mal nicht zur Verfügung ste-

he. Es müsse aber um eine generelle Verkehrswende gehen. Er persönlich lehne den A-7-Ausbau daher auch ab, auch wenn er nicht mehr zu verhindern sei.

Oppositions-Kritik musste auch Kulturministerin Anke Spooren-donk (SSW) einstecken. Sie sei „ohne Visionen“, gebe Theatern zu wenig Geld, die Finanzierung eines Landestheater-Baus in Schleswig sei offen. Streit gab's auch um die HSH. Die FDP wollte ihr Geschäfte in Steueroasen wie den Caymans verbieten lassen. Die Koalition lehnte ab. Ein sofortiges Ende des Geschäfts würde laut Bank dazu führen, „dass sie Kapital verliert, welches sie dringend braucht und zurzeit nicht anders ersetzen kann“, so Grünen-Finanzministerin Monika Heinold. Tobias Koch (CDU) warf der Regierung Doppelmoral vor. Der FDP-Antrag wurde in einen Ausschuss verwiesen. wh